

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

17. WP - 31. Sitzung

am Donnerstag, dem 28. Oktober 2010, 10 Uhr,
im Konferenzsaal des Landtages (Sitzungszimmer 142)

Anwesende Abgeordnete

Peter Sönnichsen (CDU)

Vorsitzender

Johannes Callsen (CDU)

Astrid Damerow (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Oliver Kumbartzky (FDP)

Katharina Loedige (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ulrich Schippels (DIE LINKE)

Lars Harms (SSW)

Weitere Abgeordnete

Dr. Robert Habeck (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:

- | | Seite |
|--|--------------|
| 1. Stabilitätsbericht 2010 des Landes Schleswig-Holstein | 5 |
| Bericht des Finanzministers
Umdruck 17/1303 | |
| 2. Bericht des Finanzministers zum Sachstand der Verhandlung einer Verwaltungsvereinbarung über die Gewährung von Konsolidierungshilfen | 7 |
| 3. Sachstandsbericht der Staatskanzlei zum Projekt IT-Kooperation Personaldienste | 8 |
| Umdruck 17/1268 | |
| 4. Keine Entscheidung über eine materielle Privatisierung des Universitätsklinikums Lübeck vor dem 1. April 2015 | 9 |
| Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/706 (neu) - 2. Fassung -

(überwiesen am 10. September 2010 an den Bildungsausschuss, den Sozialausschuss und den Finanzausschuss) | |
| Zukunft des UK S-H sichern - Spitzenmedizin in Schleswig-Holstein erhalten | |
| Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP
Umdruck 17/1405 | |
| 5. Steuerliche und finanzielle Auswirkungen der geplanten Laufzeitverlängerung für die deutschen Atomkraftwerke | 10 |
| Berichts-antrag der SSW-Fraktion
Umdruck 17/1240 | |
| 6. Steuerhinterzieher sind Straftäter | 11 |
| Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/772

(überwiesen am 10. September 2010) | |
| Steuerstraftaten bekämpfen - Rechtsstaat bewahren | |
| Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP
Umdruck 17/1404 | |

-
- 7. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landeshaushaltsordnung und der Gemeindeordnung** 12
- Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/880
- (überwiesen am 7. Oktober 2010 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Finanzausschuss)
- 8. Information/Kenntnisnahme** 13
- Umdruck 17/1208 - Verwaltungsvereinbarung Hochschullehre
Umdruck 17/1210 - Zielvereinbarung Landwirtschaftskammer
Umdruck 17/1266 - Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser
Umdruck 17/1270 - IT-Beschaffung und Datenschutz Hochschulen
Umdruck 17/1287 - Einzelplan 09
Umdruck 17/1288 - Prüfung der Chefwagenutzung
Umdruck 17/1289 - Krankenstand beim Statistischen Amt
Umdruck 17/1290 - Jahresabschluss 2009 der Eichdirektion Nord
Umdruck 17/1291 - Einzelplan 04
Umdruck 17/1302 - Rückforderungen ISIT
Umdruck 17 /1309 - Beschlüsse der 22. Veranstaltung „Altenparlament“
Umdruck 17/1334 - Fraunhofer Institut in Lübeck
Umdruck 17/1335 - Verstetigung der Bildungsberichterstattung
Umdruck 17/1336 - Einzelplan 10
- 9. Verschiedenes** 15

Der Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Stabilitätsbericht 2010 des Landes Schleswig-Holstein

Bericht des Finanzministers
Umdruck 17/1303

M Wiegard führt in den Stabilitätsbericht 2010 des Landes Schleswig-Holstein, Umdruck 17/1303, ein. Bei vier Bundesländern hätten sich Hinweise ergeben, dass eine Haushaltsnotlage drohen könnte. Man werde dem Evaluationsausschuss alle haushaltsrelevanten Unterlagen offenlegen. Er sei froh, dass man in der Haushaltspolitik endlich Transparenz und Vergleichbarkeit über alle Länder und den Bund erhalte.

Abg. Schippels kommt zu dem Schluss, dass man das strukturelle Defizit 2011 nicht wie im Haushaltsentwurf der Landesregierung vorgesehen auf 960 Millionen €, sondern auf bis zu 1,125 Milliarden € begrenzen müsse, um im Rahmen der Verfassung zu bleiben.

M Wiegard äußert, eine höhere Neuverschuldung sei zwar theoretisch möglich und verfassungsrechtlich zulässig, das in der Finanzplanung vorgesehene Defizit liege allerdings bei 960 Millionen € im Jahr 2011 beziehungsweise 933 Millionen € im Jahr 2012 und sage noch nichts über die tatsächliche Höhe der Neuverschuldung aus. Im Übrigen hänge die Höhe des strukturellen Defizits vom Haushaltsabschluss 2010 und der Rechenmethode von Bund und Ländern ab.

Auf Fragen der Abg. Herdejürgen, Koch und Heinold teilt der Minister mit, der Evaluationsausschuss, bestehend aus vier Ländern und dem Bund, analysiere die Haushalte nach bestimmten Kriterien und gebe dem Stabilitätsrat im Mai 2011 eine Empfehlung. Die Haushalts- und Finanzplanung müsse glaubwürdig und plausibel sein, das heiße, ein Land dürfe nicht zu stark vom Durchschnitt der anderen Länder beziehungsweise den Schwellenwerten abweichen. Sollte eine Haushaltsnotlage drohen oder sogar vorliegen, müsste das betreffende Land in Abstimmung mit dem Evaluationsausschuss bis zur Sitzung des Stabilitätsrats im September 2011 ein Sanierungsprogramm vorlegen. Fünf Bundesländer, darunter Sachsen-Anhalt,

erhielten nach dem Gesetz Konsolidierungshilfen, wenn sie ihr strukturelles Defizit jährlich um 10 % abbauten.

P Dr. Altmann betont die Bedeutung des Stabilitätsrats für die Konsolidierung des Haushalts, der als eine „weitere Korsettstange“ hilfreich und notwendig sei. Die Rechnungshöfe würden den Prozess im Interesse aller Gebietskörperschaften beherzt unterstützen.

M Wiegard erteilt Forderungen eine klare Absage, die Ergebnisse der bevorstehenden November-Steuerschätzung zu einer Aufweichung des Konsolidierungskurses zu nutzen. Schließlich handele es sich um höhere Steuereinnahmen gegenüber einem sehr niedrigen Niveau, die zur Tilgung aufgenommener Kredite zu verwenden seien. Die Haushaltsstrukturkommission habe die Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung abwarten müssen, um eine Grundlage für die Finanzplanung zu haben.

Der Finanzausschuss nimmt den Stabilitätsbericht 2010 des Landes Schleswig-Holstein zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht des Finanzministers zum Sachstand der Verhandlung einer Verwaltungsvereinbarung über die Gewährung von Konsolidierungshilfen

M Wiegard legt dar, dass es bei der Verwaltungsvereinbarung noch in drei Punkten Differenzen gebe. Beim Konjunkturbereinigungsverfahren wolle der Bund nicht die tatsächliche Einnahme- und Haushaltsentwicklung, sondern in Anlehnung an das in der Europäischen Union geltende Verfahren die theoretisch errechneten Werte aus der Entwicklung des BIP und der Produktionslücke zur Grundlage machen. Das halte Schleswig-Holstein für äußerst problematisch; eine solide Finanzplanung sei auf dieser theoretischen Grundlage außerordentlich schwierig. Außerdem gebe es in der Frage des Umgangs mit Sondereffekten bisher keine Einigung. Beispielsweise konterkariere die vom Bund beschlossene BAföG-Erhöhung die Anstrengungen des Landes zur Einhaltung des Konsolidierungspfades, der Schleswig-Holstein daher im Bundesrat nicht zugestimmt habe. Auch über den Umgang mit besonderen Ausnahmesituationen müsse weiter verhandelt werden. Er hoffe, dass sich Bund und Länder bis Ende des Jahres auf eine Verwaltungsvereinbarung einigten.

Eine Frage von Abg. Heinold beantwortet er dahin, die Finanzplanung sei maßgeblich von der Steuerpolitik und wirtschaftlichen Entwicklung abhängig und müsse jährlich nachgesteuert werden.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Sachstandsbericht der Staatskanzlei zum Projekt IT-Kooperation Personaldienste

Umdruck 17/1268

St Dr. Wulff berichtet über den Sachstand des Projekts KoPers (Umdruck 17/1268) und sagt zu, den Finanzausschuss auf dem Laufenden zu halten. Die Verhandlungen würden nur noch mit zwei Bietern geführt. Im Vordergrund stünden neben der Wirtschaftlichkeit die erforderlichen Funktionalitäten.

Der Ausschuss nimmt den Bericht Umdruck 17/1268 zur Kenntnis und erwartet im Februar 2011 eine Fortschreibung.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Keine Entscheidung über eine materielle Privatisierung des Universitätsklinikums Lübeck vor dem 1. April 2015

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/706 (neu) - 2. Fassung -

(überwiesen am 10. September 2010 an den **Bildungsausschuss**, den Sozialausschuss und den Finanzausschuss)

Zukunft des UK S-H sichern - Spitzenmedizin in Schleswig-Holstein erhalten

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP
Umdruck 17/1405

Nach kurzer Diskussion über den Charakter des von CDU und FDP als Tischvorlage eingebrachten Antrags Umdruck 17/1405 und das Abstimmungsverfahren kündigt Abg. Koch an, zur nächsten Sitzung eine Neufassung des Antrags der Koalitionsfraktionen vorzulegen. Daraufhin wird die Beschlussfassung bis dahin vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Steuerliche und finanzielle Auswirkungen der geplanten Laufzeitverlängerung für die deutschen Atomkraftwerke

Berichts Antrag der SSW-Fraktion
Umdruck 17/1240

St Dr. Bastian sieht sich nicht in der Lage, die finanziellen Auswirkungen der Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke und der Einführung der Brennelementesteuer zu quantifizieren, an deren Einnahmen das Land partizipieren wolle. Er werde den Finanzausschuss darüber informieren, ob die Landesregierung im Bundesrat gegen das vom Bundestag beschlossene Brennelementesteuergesetz Einspruch erheben werde.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Steuerhinterzieher sind Straftäter

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/772

(überwiesen am 10. September 2010)

Steuerstraftaten bekämpfen - Rechtsstaat bewahren

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP
Umdruck 17/1404

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Fassung des von den Koalitionsfraktionen mit Umdruck 17/1404 als Tischvorlage eingebrachten Änderungsantrags (mit zwei Änderungen) anzunehmen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landeshaushaltsordnung und der Gemeindeordnung

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/880

(überwiesen am 7. Oktober 2010 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den
Finanzausschuss)

Der Finanzausschuss schließt sich der vom federführenden Innen- und Rechtsausschuss beschlossenen schriftlichen Anhörung an.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdruck 17/1208 - Verwaltungsvereinbarung Hochschullehre
Umdruck 17/1210 - Zielvereinbarung Landwirtschaftskammer
Umdruck 17/1266 - Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser
Umdruck 17/1270 - IT-Beschaffung und Datenschutz Hochschulen
Umdruck 17/1287 - Einzelplan 09
Umdruck 17/1288 - Prüfung der Chefwagenutzung
Umdruck 17/1289 - Krankenstand beim Statistischen Amt
Umdruck 17/1290 - Jahresabschluss 2009 der Eichdirektion Nord
Umdruck 17/1291 - Einzelplan 04
Umdruck 17/1302 - Rückforderungen ISIT
Umdruck 17 /1309 - Beschlüsse der 22. Veranstaltung „Altenparlament“
Umdruck 17/1334 - Fraunhofer Institut in Lübeck
Umdruck 17/1335 - Verstetigung der Bildungsberichterstattung
Umdruck 17/1336 - Einzelplan 10

Der Finanzausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis.

Auf Fragen von Abg. Weber zu Umdruck 17/1208 - **Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern über ein gemeinsames Programm für bessere Studienbedingungen und mehr Qualität in der Lehre** - antwortet RL Janus, die Projektkosten würden ausschließlich vom Bund bezahlt, für Land und Hochschulen entstünden keine zusätzlichen Kosten. Die Mittel würden nicht auf die einzelnen Hochschulen aufgeteilt, sondern die Hochschulen müssten entsprechende Anträge stellen, über die ein bundesweites Gutachtergremium entscheide. Sollten die schleswig-holsteinischen Hochschulen die auf Schleswig-Holstein entfallende Gesamtsumme von 50 Millionen € nicht ausschöpfen, würden übrig bleibende Mittel gegebenenfalls auf andere Bundesländer verteilt.

Auf eine Frage zu Umdruck 17/1210 - **Zielvereinbarung Landwirtschaftskammer** - sagt RL Sandbrink zu, dem Finanzausschuss den jährlichen Bericht der Landwirtschaftskammer zur Zielerreichung inklusive der Stellungnahme des Landwirtschaftsministeriums zuzuleiten.

Zu Umdruck 17/1270 - **IT-Beschaffungen und Datenschutz in Universitäten und Fachhochschulen** - möchte Abg. Weber vom Wissenschaftsministerium wissen, ob wie in Lübeck auch an den Flensburger Hochschulen die Einrichtung einer gemeinsamen Innenrevision beabsichtigt sei. - Der Ausschuss wird die Thematik in der nächsten Sitzung zusammen mit der Stellungnahme des Landesrechnungshofs (Umdruck 1418) beraten.

Sodann diskutiert der Ausschuss darüber, ob er den als Tischvorlage eingebrachten Umdruck 17/1334 - **Fraunhofer-Institut in Lübeck** - formal zur Kenntnis nehmen oder die Beratung auf die nächste Sitzung vertagen soll.

M de Jager stellt klar, die Gewährung des vorzeitigen Maßnahmenbeginns, über die er den Ausschuss gar nicht hätte informieren müssen, nehme eine Förderentscheidung nicht vorweg, mit der er zu gegebener Zeit an den Finanzausschuss herantreten werde. - Schließlich nimmt der Ausschuss auch diesen Umdruck zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Am 4. November 2010 findet keine Sitzung des Finanzausschusses statt. Stattdessen tagen die Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“ und der Unterausschuss für Unternehmensbeteiligungen des Landes.

Der Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, schließt die Sitzung um 12:15 Uhr.

gez. Peter Sönnichsen

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer